



**Geschäftsführung
Finanzausschuss**

Frau van Husen-Arandela

Telefon: (0221) 25024

Fax : (0221)

E-Mail: Gabriele.vanHusen-Arandela@Stadt-Koeln.de

Datum: 11.10.2011

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der Sitzung des
Finanzausschusses vom 10.10.2011**

öffentlich

**Ausbau der Qualität im Offenen Ganztage im Bereich kultureller Bildung
AN/1815/2011**

**12.29 Ausbau der Qualität im Offenen Ganztage im Bereich kultureller Bildung
- Weitere Mittelverwendung sowie -freigabe im HJ 2011-
3835/2011**

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, dass die Ziffer 1 der Beschlussvorlage beschlossen wird und die Ziffern 1 und 2 des gemeinsamen Änderungsantrages von den Fraktionen SPD und Bündnis90/Die Grünen als Ziffern 2 und 3 des neuen Beschlussvorschlages beschlossen werden.

Der geänderte Beschluss müsste dann wie folgt lauten:

1. Der Finanzausschuss sowie die Fachausschüsse nehmen die „Richtlinien zur Förderung von außerunterrichtlichen Projekten kultureller Bildung in Kooperation mit kultur- und medienpädagogischen Facheinrichtungen und Schulen und/oder Trägern des Offenen Ganztags in der Primarstufe und der Sekundarstufe I“ zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, ab dem Haushaltsjahr 2011 die Vergabe der Fördermittel nach den hier definierten Prämissen vorzunehmen.
2. Der Finanzausschuss sowie die Fachausschüsse beschließen, für das Haushaltsjahr 2011 Haushaltsmittel im Umfang von 99.306 Euro zur Durchführung von Projekten im Sinne der Richtlinie aus dem Teilergebnisplan 0416, Kulturförderung, bei Teilplanzeile 11, Personalaufwendungen sowie Teilplanzeile 15, Transferauf-

wendungen freizugeben. Mit Beschluss des Hauptausschusses vom 08.08.2011 waren bereits Projektmittel in Höhe von 72.694 Euro frei gegeben worden.

3. Darüber hinaus werden anfallende Personalkosten für eine 0,5 Stelle A 10 oder vergleichbare Angestelltenvergütung (derzeit 28.000 Euro) zur Umsetzung des Programms „Kulturelle Bildung“ aus dem Teilergebnisplan 0416, Kulturförderung, bei Teilplanzeile 11, Personalaufwendungen bereitgestellt

Nach ausführlicher Diskussion bittet der Ausschuss die Verwaltung, die Vorlage zurückzuziehen und eine Dringlichkeitsentscheidung in der v. g. geänderten Fassung vorzubereiten. Dies sagte die Verwaltung zu.

